

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	RUBICOM Beratungszentrum für Lesben und Schwule
--------------------------	---

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken
--------------------	--------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Niklas Kienitz	CDU
---------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Dr. Christiane Köhler	CDU
Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano Bunte
Frau Annelie Appelmann doMS e.V.
Herr Carl-Wilhelm Rößler auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Susanne Schönewolf Diakonisches Werk
Frau Stella Shcherbatova Synagogengemeinde
Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Helling übernimmt den Vorsitz, da sich Herr Paetzold verspätet.

Frau Hoyer bittet, dass der TOP 5.1 in die nächste Sitzung verschoben werde.

Frau Gärtner bittet darum, dass die TOP`s 13.2, 13.4 und 13.5 ohne Votum in den Rat geschoben werden. Bei den TOP`S 11.1 und 11.2 betrachte sie sich als befangen, deshalb werde sie an Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen und vertreten lassen.

Der Vorsitzende Herr Helling schlägt vor, die TOP`s 13.2 und 13.4 zumindest zu beraten und dann ohne Votum in die Beratungsfolge schieben. Er schlägt vor die TOP`s 4.1, 4.2 und 4.10 zusammen zu behandeln. Die TOP`s 4.9 und 10.2.3 werden ebenfalls gemeinsam behandelt. Unter TOP 11.2 gebe es einen Änderungsantrag der FDP.

Frau Stahlhofen bittet darum, dass die TOP`s 13.2, 13.4 und 13.5 in die nächste Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren geschoben werden.

Der Vorsitzende Herr Helling bestätigt den Vorschlag von Frau Stahlhofen. Er stellt fest, dass die Tagesordnung so beschlossen sei.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Kurzreferat Frau Simon: „Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch - Handreichung für Journalist/-innen“ (Gemeinsam mit TOP 4.8)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Sachstand bei der Erstellung einer Zweckentfremdungsverordnung
Anfrage der Fraktion Die Linke im Stadtentwicklungsausschuss vom
12.09.2013
3193/2013
- 3.2 Fachtagung "Städtische Quartiere im sozialen und demographischen Wandel
lebenswert gestalten - Herausforderungen und Chancen für neuere kommunale
Ansätze" am 18. und 19. April 2013 (2308/2013)
3370/2013
- 3.3 Integration: Beantwortung der mündlichen Anfragen des Ausschusses für So-
ziales und Senioren in seiner Sitzung vom 17.01.2013, 11.04.2013 und
27.06.2013;
3144/2013
- 3.4 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke
hier: Mündliche Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren am 12.09.2013 , TOP 3.4
3434/2013
- 3.5 Beantwortung mündlicher Anfragen aus der Sitzung vom 12.09.13 unter TOP
3.3: Zuwanderung aus Südosteuropa
3702/2013

4 Mitteilungen

- 4.1 Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes in 2012
0077/2013
- 4.2 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum I. Halb-
jahr 2013
2343/2013

- 4.3 Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften
3182/2013
- 4.4 Einreise von bis zu 77 iranischen Volksmujaheddin aus dem "Camp Liberty" (Irak) aufgrund einer Entscheidung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW)
3197/2013
- 4.5 Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bzw. jungen volljährigen Flüchtlingen
3018/2013
- 4.6 Aktueller Sachstand zur Flüchtlingsentwicklung und Flüchtlingsunterbringung
3357/2013
- 4.7 "Win-Win für Köln" Quartalsbericht - III. Quartal 2013
3506/2013
- 4.8 Veröffentlichung „Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch - Handreichung für Journalist/-innen“
3622/2013
- 4.9 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2013/2014
3410/2013
- 4.10 Sachstand Bildung und Teilhabe nach Übergang der Aufgaben der Geschäftsstelle Bildung und Teilhabe an das Amt für Soziales und Senioren, hier die Abteilung Bildung und Teilhabe, Einschulungshilfe, Köln-Pass
3543/2013
- 5 Wohnen**
- 5.1 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013
3346/2013
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
3687/2013
- 7 JobCenter Köln**
- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln
3515/2013

7.2 Anfragen

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern, Antrag der Fraktion, Die Linke (bereits auf der TO der letzten Sitzung)
AN/0856/2013

9.2 Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen, Antrag der SPD Fraktion
AN/1155/2013

9.3 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern, Antrag der Fraktion Die Linke
AN/1233/2013

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel, Anfrage der CDU Fraktion
AN/1048/2013

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Datenschutz bei Bewerbungen von Transferleistungsempfängern
AN/1323/2013

10.2.2 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge
AN/1325/2013

10.2.3 Winterhilfe für Obdachlose am Eifelwall
AN/1331/2013

10.2.4 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket
AN/1333/2013

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Verteilung der Globalmittel 2013 an die Wohlfahrtsverbände
2139/2013

11.2 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkul-

turelle Hilfen
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse

(Der in der Sitzung am 18.07.2013 gefasste Beschluss wurde formell beanstandet)
2117/2013

Änderungsantrag der FDP Fraktion: Verteilung der Globalmittel und Zweckzuschüsse für Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen im Jahr 2014
AN/1378/2013

11.3 Haushaltskonsolidierung 2014 im Bereich Bürgerhäuser/-zentren
2663/2013

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der städt. Bürgerhäuser und -zentren ab 01.01.2014, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.4
2679/2013

13.2 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.6
2829/2013

13.3 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.5
2843/2013

13.4 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

13.5 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013

13.6 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland"
3333/2013

13.7 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Kurzreferat Frau Simon: „Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch - Handreichung für Journalist/-innen“ (Gemeinsam mit TOP 4.8)

Frau Simon referiert über den Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch. Der Vortrag liegt diesem Protokoll bei. Alle Fraktionen, außer pro Köln, äußern sich sehr positiv über diesen Vortrag und danken Frau Simon.

Herr Paetzold übernimmt die Sitzungsleitung

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Sachstand bei der Erstellung einer Zweckentfremdungsverordnung
Anfrage der Fraktion Die Linke im Stadtentwicklungsausschuss vom
12.09.2013
3193/2013**

Die Beantwortung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

- 3.2 Fachtagung "Städtische Quartiere im sozialen und demographischen Wandel lebenswert gestalten - Herausforderungen und Chancen für neuere kommunale Ansätze" am 18. und 19. April 2013 (2308/2013)
3370/2013**

Die Beantwortung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

- 3.3 Integration: Beantwortung der mündlichen Anfragen des Ausschusses für Soziales und Senioren in seiner Sitzung vom 17.01.2013, 11.04.2013 und 27.06.2013;
3144/2013**

Frau Lerchner dankt für die Beantwortung.

Herr Dr. Schulz ist mit der Beantwortung unzufrieden. Er merkt an, dass es in der Beantwortung keine Aussagen gäbe, welche sich auf die Anzahl der Bewerber beziehe und wie viele Bewerber nach einem erfolgreichen Eignungstest übernommen würden. Er bittet darum, dass die Verwaltung kläre, wie viele Bewerber, welche einen Eignungstest in Gebärdensprache bestehen, in der Folgezeit dann auch in diesem Bereich eingesetzt werden.

Frau Schmerbach dankt für die Integrationsvereinbarung. Sie schlägt vor, dass in dem nächsten Integrationsbericht die besonderen Angebote der Betriebssport Gemeinschaft aufgenommen werden könnten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke
hier: Mündliche Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 12.09.2013 , TOP 3.4
3434/2013**

Herr Dr. Unna fragt nach der Auslastung der „Krankenwohnung“ da diese deutlich preisgünstiger als die stationäre Unterbringung sei.

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**3.5 Beantwortung mündlicher Anfragen aus der Sitzung vom 12.09.13 unter
TOP 3.3: Zuwanderung aus Südosteuropa
3702/2013**

Frau Hoyer fragt, welche Bereiche in der Beantragung (z.B. Gesundheitshilfen) abgedeckt seien.

Frau Reker antwortet, dass im Rahmen der Antragstellung des ESF-Projektes keine Gesundheitshilfe beantragt werden konnten, da sich der Aufruf des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW ausschließlich auf die Heranführung und Integration der Zuwanderer in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bezieht. Seit 2011 werden jedoch vom Landesministerium für Gesundheit NRW (MGEPA) zusätzliche Mittel für die Impfstoffversorgung für Kinder zur Verfügung gestellt. Eine Unterstützung des Landes für die ebenfalls notwendige Impfung von Erwachsenen erfolgt bis heute nicht.

Herr Helling spricht sich für eine Verständigung zur Gestaltung eines Gesamtprozesses über die Integration von Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Köln aus. Es müsse auch festgelegt werden, in welchen Gremien dieser Prozess begleitet werde und eine kontinuierliche Berichterstattung erfolge.

Frau Schmerbach fragt, welche Organisation sich um die „Straßenarbeiter“ – die für wenig Geld ihre Arbeitskraft an der Straße anbieten – kümmern würde.

Frau Reker antwortet Frau Schmerbach, dass es Gespräche mit freien Trägern gebe, die diese Aufgabe übernehmen könnten.

Frau Reker antwortet Herrn Helling, dass zuerst konkrete Bedarfe ermittelt werden müssten, dann könne im Ausschuss Soziales und Senioren regelmäßig berichtet werden. Politik und Verwaltung sollten in einen Dialog eintreten, wie eine optimale Berichterstattung aussehen könnte.

Frau Stahlhofen bittet um die Unterlagen von der Vortragsveranstaltung vom 04.11.2013.

Frau Hoyer dankt für die gute Veranstaltung "Zuwanderung aus Südosteuropa" am 04.11.2013. Sie schlägt vor, dass ein fächerübergreifender Überblick entworfen werden sollte.

Herr Krücker denkt auch, dass eine fach- und ämterübergreifende Betrachtung der Problematik notwendig sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold regt einen regelmäßigen Dialog zwischen Verwaltung und Politik- zu dieser Problematik-, an, etwa in der Art der am 04.11.2013 stattgefundenen Informationsveranstaltung.

Frau Reker dankt für die Anregungen und weist daraufhin, dass mit dem Informationsgespräch vom 04.11.2013 zum Thema „Zuwanderung aus Südosteuropa“ die Verwaltung der dringenden Bitte um eine Sachstandsdarstellung nachgekommen ist, die von verschiedenen Ratsvertreterinnen und Ratsvertretern aus den mit der Thematik bisher besonders beschäftigten Fachausschüssen (AVR, JHA, Schulausschuss, Gesundheitsausschuss und dem Ausschuss für Soziales und Senioren) gewünscht worden war. Es handelte sich nicht um eine öffentliche Veranstaltung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes in 2012 0077/2013

Die Tagesordnungspunkte TOP 4.1, 4.2 und 4.10 werden gemeinsam behandelt.

Herr Dr. Schulz fragt, ob die gegebene Antwort zu (TOP 4.10 S. 3 Frage 2: Warum wurden für das Modul Lernförderung nur 50% der Antragstellungen bewilligt?) beinhaltet, dass die Schule keine Erklärung abgebe oder ob die Schule eine negative Erklärung abgebe.

Frau Ramos antwortet, dass die Antwort zweideutig zu verstehen sei und es gebe tatsächlich zwei Ursachen. Erstens komme das Bildungspaket ohne die Mithilfe von den Schulen nicht bei den Kindern an und zweitens gebe es Ängste von Lehrern, dass sie für den Fall, dass sie bescheinigen, dass über die Lernförderung eine Verbesserung der schulischen Leistungen erzielt werden könne, im Fall eines Nichterfolges in eine wie immer geartete Haftung genommen würden.

Es werde zukünftig an den Schulen geworben, dass sich der Lernförderungsprozess für die Kinder verbessere.

Hr. Dr. Schulz fasst zusammen, dass es drei Ebenen gebe.

1. Die Schule schafft es nicht die Anträge zu stellen.
2. Die Lehrer/innen sind nicht motiviert.
3. Gibt es Kinder die eine Lernförderung nicht benötigen?

Frau Ramos antwortet, dass manche Schulen bescheinigen würden, dass kein Bedarf bestehe.

Frau Hoyer dankt für die Information. Es sollten jedoch noch mehr Gelder verausgabt werden da die Bundesmittel nicht für Aufgaben in der Kommune eingesetzt werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, worin das nicht unbeträchtliche Delta zwischen der Zahl der Antragstellungen zur Bewilligung eines Mittagessenzuschuss und der Zahl der tatsächlichen Bewilligungen des Zuschusses zum Mittagessen bestehe.

Frau Ramos antwortet, dass mit Schuljahresbeginn viele Anträge gestellt würden, welche dann in der Verwaltung erst abgearbeitet werden müssten. Es gebe aber Vereinbarungen mit den Schulen und den Trägern, dass die Kinder auch dann am Mittagessen teilnehmen könnten, wenn über den Antrag noch nicht positiv entschieden sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold nimmt dies mit Beruhigung zur Kenntnis.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes zum I. Halbjahr 2013 2343/2013

Die Tagesordnungspunkte TOP 4.1, 4.2 und 4.10 werden gemeinsam behandelt.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.3 Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften 3182/2013

Frau Lerchner fragt, ob es nur 7 Mitgliedschaften für vier Fachthemen in der Stadt Köln gebe oder ob es bereits eine Vorselektion oder Kündigungen von Mitgliedschaften gab.

Frau Reker antwortet, dass es keine Vorselektion gab.

Herr Helling stellt fest, dass zu dieser Vorlage eine Stellungnahme vom Ausschuss Soziales und Senioren abgegeben werden solle. Er regt an, eine Stellungnahme abzugeben. Er unterstützt alle Kommentierungen der Verwaltung und schlägt vor, dass alle Mitgliedschaften beibehalten werden sollen. Er sei dafür, dass die Mitgliedschaft in der „Europäische Städte Koalition gegen Rassismus“ weitergeführt werden solle, auch wenn in der Nachfolgeeinrichtung des Interkulturellen Referats keine Antidiskriminierungsstelle vorgesehen sei. Dies bedeute, dass zu diesem Thema, zunächst kein städtischer Ansprechpartner vorgesehen sei. Er regt an, dass sich ein Mitarbeiter/in aus dem Bereich Diversity, sich der Aufgabe die Städte Koalition annehmen solle.

Er beantragt, dass der Ausschuss beschließen möge, dass die Mitgliedschaften in allen Vereinen, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses Soziales und Senioren fallen, (einschließlich der „Städte Koalition gegen Rassismus“) weiter beibehalten werden solle.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass im Rahmen einer Mitteilung kein Beschluss gefasst werde. Er regt an, die Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen in das Protokoll aufzunehmen.

Frau Reker bestätigt, dass alle Mitgliedschaften bestehen bleiben.

Die Parteien SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Linke unterstützen die Stellungnahme. Pro Köln unterstützt die Stellungnahme nicht.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**4.4 Einreise von bis zu 77 iranischen Volksmujaheddin aus dem "Camp Liberty" (Irak) aufgrund einer Entscheidung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW)
3197/2013**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**4.5 Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen bzw. jungen volljährigen Flüchtlingen
3018/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold, dankt der Verwaltung für die ausführliche Mitteilung.

Frau Hoyer fragt, seit wann die minderjährigen Flüchtlinge nicht mehr bei der Bezirksregierung in Arnsberg gemeldet würden und ob es dazu einen politischen Beschluss gebe. Des Weiteren fragt sie, welche Kommunen in diesem Punkt genauso handeln würden wie Köln und wie die Verteilung und Meldung nach der Volljährigkeit vorgenommen werde.

Herr Helling berichtet, dass die Nichtmeldung der Minderjährigen vom „Runden Tisch für Flüchtlingsfragen“ positiv gesehen wird.

Herr Völlmecke antwortet, dass die Verfahrensweisen seit ca. 10 Jahren so praktiziert werden. Er prüft, ob es dafür einen politischen Beschluss gebe. Die Flüchtlinge werden allerdings sehr wohl an die Bezirksregierung gemeldet und damit auch auf die städtische Quote angerechnet. Allerdings verzichtet die Stadt Köln auf die Weiterverteilung der Jugendlichen. Zum Schutz der Jugendlichen sollen sie an dem Ort verbleiben, an dem sie zuerst aufgenommen wurden.

Bei den Jugendämtern wurde ein unterschiedliches Verhalten bei den anderen Kommunen festgestellt. Es gab Jugendämter, die bereits sechzehnjährige in die Verteilung gegeben haben. Nachdem die Bundesrepublik Deutschland der UN Kinderrechtsresolution zugestimmt hat, gehen alle Jugendämter dazu über, die Minderjährigen genauso zu behandeln wie die Stadt Köln.

Er bestätigt, dass ein intensiver Dialog mit den Flüchtlingsorganisationen statt finde, der die Verwaltung handlungsfähig mache.

Frau Hoyer, dankt für die Erläuterungen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Aktueller Sachstand zur Flüchtlingsentwicklung und Flüchtlingsunterbringung
3357/2013**

Frau Schmerbach fragt, ob auch in anderen Stadtteilen (außer Kalk) Flüchtlinge, z.B. in Hotels, untergebracht werden können.

Herr Ferber antwortet, dass die Flüchtlingsstandorte und Flüchtlingswohnheime in verschiedenen Stadtteilen untergebracht seien. Es sei jedoch sehr schwierig, überhaupt realisierbare Objekte in Köln zu erwerben, da der gesamte Wohnungsmarkt in Köln sehr angespannt sei.

Herr Helling weist daraufhin, dass es sehr schwierig sei, Grundstücke für Flüchtlingswohnheime zu generieren. Wenn verhindert werden solle, dass die Flüchtlinge nur in Notunterkünften untergebracht werden, müssen neue Grundstücke für Flüchtlingswohnheime erworben werden. Er wirbt dafür, dass Politik, Verwaltung und die Menschen in den betroffenen Stadtteilen, in denen es weitere Flüchtlingswohnheime geben könnte, einen offenen Dialog führen.

Herr van Benthem fragt, ob manche Hotelbesitzer die aktuelle Flüchtlingssituation in Köln wirtschaftlich ausnutzen würden und ob ein System verfolgt werde.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung die aktuelle Situation mit sehr viel Augenmaß betrachten würde.

Es werde versucht, eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen Stadtteile zu erreichen aber die Realität würde dieser Vorgehensweise Grenzen aufweisen. Denn zur Realisierung eines neuen Standortes müssten Kriterien erfüllt sein; es müsse ein städtisches Grundstück sein, für das Grundstück müsse es Baurecht geben und es müsse erschlossen sein.

Es würden auch nicht die hochpreisigen Hotels, sondern bezahlbare Hotels angemietet. Aber leider gebe es überall Menschen, die die schwierige Flüchtlingssituation ausnutzen würden.

Herr van Benthem dankt für die Beantwortung.

Herr Ferber antwortet, dass es konkrete Vorgaben (z.B. baulicher Art) gebe, die von den Hotels eingehalten werden müssten.

Herr Krücker erinnert daran, dass eine Unterbringung in Hotels nicht den vom Rat verabschiedeten Leitlinien für Flüchtlinge entsprechen würde. Die Unterbringung in Hotels sei die schlechteste und teuerste Variante für Flüchtlinge. Der Focus müsse darauf liegen, Grundstücke für Flüchtlingswohnheime zu erwerben. Er appelliert an die Solidarität aller Beteiligten.

Herr Helling bedauert, dass einige Hotels diese schwierige Flüchtlingssituation schamlos ausnutzen würden. Seit 2004 würde versucht weitere Grundstücke für Flüchtlingswohnheime zu erwerben und zu bebauen. Leider seien nicht genügend Ersatzwohnheime geschaffen worden. Im Augenblick müssten ca. 700 Flüchtlinge in Hotels untergebracht werden. Die Kosten pro Person im Monat belaufen sich auf 900,- Euro. Dies sei für den städtischen Haushalt eine zusätzlich schwierige Situation.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.7 "Win-Win für Köln" Quartalsbericht - III. Quartal 2013 3506/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass sich die Mitteilungen zum „Win-Win“ Projekt immer wieder ähneln würden.

Frau Hoyer bestätigt den Eindruck des Vorsitzenden. Sie teilt mit, dass zeitliche Verzögerungen in „Finkens-Garten“ und in der Bottmühle bestehen würden. Sie hofft, dass die Projekte zeitnah umgesetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt zur Diskussion, ob es nicht sinnhaft wäre, Halbjahresberichte und keine Quartalsberichte mehr vorzulegen.

Herr Gerhards (Amt für Wirtschaftsförderung) bestätigt, dass es in den genannten Projekten zu Verzögerungen gekommen sei. Dies habe unterschiedliche Gründe. Auch sei die Arbeit mit Arbeitslosen nicht immer einfach.

Frau Hoyer denkt, dass Halbjahresberichte nicht die Lösung seien. Sie schlägt eine andere Art der Berichterstattung vor, z.B. könne eine „Ampel“ zu den jeweiligen Projekten eingearbeitet werden.

Herr Gerhards dankt für die Anregungen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.8 Veröffentlichung „Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch - Handreichung für Journalist/-innen“ 3622/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Vortrag besprochen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.9 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2013/2014 3410/2013

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem TOP 10.2.3 besprochen.

Frau Reker ergänzt, dass zusätzlich ein Objekt der evangelischen Kirche für die Winterhilfe gewonnen werden konnte. Die Berufsfeuerwehr hat bestätigt, dass noch einige Arbeiten durchzuführen seien, aber generell sei das Objekt geeignet. Die Nutzung könne im Dezember 2013 beginnen. Sie dankt allen beteiligten Trägern. Ohne die Träger sei eine städtische Winterhilfe fast nicht mehr durchzuführen. Besonders dankt sie Frau Blümel (Geschäftsführerin der Diakonie) für ihre Mithilfe. In dem Objekt werde es 90 Plätze geben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt im Namen des Ausschusses allen Beteiligten.

Frau Gärtner bestätigt, dass die Anfrage erledigt sei.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.10 Sachstand Bildung und Teilhabe nach Übergang der Aufgaben der Geschäftsstelle Bildung und Teilhabe an das Amt für Soziales und Senioren, hier die Abteilung Bildung und Teilhabe, Einschulungshilfe, Köln-Pass 3543/2013

Die Tagesordnungspunkte TOP 4.1, 4.2 und 4.10 werden gemeinsam behandelt.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

5 Wohnen

5.1 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013 3346/2013

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020 MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht 3687/2013

Herr Helling begrüßt die neue Systematik. Er bittet darum, dass der TOP auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen wird.

Herr Oster berichtet, dass die Berichterstattung zusammen mit der Ampel vorgelegt werde. Der Sachstandsbericht werde in Zukunft durch einen Statusbericht ersetzt. Das Controlling-System stehe und er hoffe, dass es von allen Partnern erfolgreich angenommen werde.

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 3515/2013

Herr Helling übernimmt kurzzeitig den Vorsitz von Herrn Paetzold.

Frau Lerchner dankt für den Bericht. Sie bedauert, dass der Aktionstag „Einstellungssache für Eltern“ nicht erfolgreich war.

Frau Hollmann dankt ebenfalls für den Bericht. Sie fragt, ob das Jobcenter nach der Reduzierung der finanziellen Mittel für den Eingliederungstitel noch allen Aufgaben gerecht werden könne. Sie fragt, ob eine Gesamtübersicht in Verbindung mit Teilnehmerplätzen möglich sei und eine differenzierte Aufstellung zwischen Verwaltungsausgaben und Eingliederungstitel.

Herr Kulozik antwortet, dass die Ausgestaltung des Arbeitsmarktprogramms im Wesentlichen durch das Budget bestimmt wird. Das Budget sei in den letzten Jahren kontinuierlich geschrumpft. Die Verteilung sei bundesweit gleich und richte sich im Wesentlichen nach der Zahl der Arbeitslosen, den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und den Bedarfsgemeinschaften. Die Ausstattung des Verwaltungsbudgets sei nicht für alle gleich. Es werde Geld vom Eingliederungstitel in das Verwaltungsbudget umgeschichtet, damit das Jobcenter den Aufgaben gerecht werden könne. Diese Umschichtungsbeträge steigen aufgrund steigender Gesamtkosten. Die Personalausstattung sei gut, nicht aber optimal um alle Aufgaben zu erfüllen.

Auf Seite 17 des Berichtes ist aufgeführt, wie Teilnehmer/innen an Arbeitsmarktprojekten teilnehmen.

Auf Seite 23 des Berichtes ist aufgeführt, wie das Geld in Arbeitsmarktprojekte verteilt werde. Es werde versucht mit weniger Geld so viele Menschen wie möglich zu erreichen.

Herr Dr. Schulz fragt, ob es möglich sei, mit immer weniger Finanzvolumen die Integration von Langzeitarbeitslosen umzusetzen. Er glaube, dass diese notwendige Arbeit in vielen Bereichen nicht mehr passiere.

Er fragt;

- wie sich die Integrationsquoten bei dem Programm „be fit 4 Job“ aufteilen würden,
- ob der Aktionstag „Einstellungssache für Eltern“ ein Flop gewesen sei,
- ob die Anzahl der Leistungsempfänger für aufstockende Leistungen steige, er bittet um altersspezifische und geschlechtsspezifische Daten.

Herr Kulozik antwortet, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. Er bestätigt, dass der Aktionstag ein Flop gewesen sei. Die Mailingaktion habe sich nicht bewährt und man suche nach weiteren Aktionen, um Langzeitarbeitslose und Arbeitgeber zusammenzubringen.

Frau Hoyer begrüßt die vorliegende Wirkungsanalyse. Sie fragt, wie die angebotenen Projekte weiter optimiert werden können.

Herr Kulozik antwortet, dass die eigene Darstellung verbessert werden müsse. Es müssen noch mehr Kompetenzen aufgebaut werden. Allerdings müsse beachtet werden, dass die Aufgaben von den Mitarbeiter/innen zu ihrer normalen Arbeit zusätzlich ausgeführt werden müssen.

Frau Hollmann fragt, wer eine kritische Begleitung der Projekte durchführen könne.

Herr Kulozik antwortet, dass es durchgängig eine kritische Begleitung des Jobcenters gebe.

Frau Stahlhofen bittet um die Zahlen von Alleinerziehenden, die eine Leistung des Jobcenters in Anspruch nehmen. Sie bittet darum, dass nicht nur Prozentzahlen angegeben werden, sondern auch absolute Zahlen, da sich dahinter Menschen verbergen. Sie fragt, ob auch der Rechtskreis SGB III (und andere Rechtskreise) in den Programmen enthalten sei.

Herr Kulozik antwortet, dass zukünftig auch die absoluten Zahlen und weitere statistische Auswertungen vorgelegt würden.

Der Vorsitzende Herr Helling erinnert daran, dass die Komplementär- Mittel um 1,3 Mio. Euro gekürzt werden sollten. Die Kürzung gegenüber dem Vorjahr sei deutlich geringer ausgefallen. Er dankt allen Trägern und dem Jobcenter, dass entgegen der politischen Beschlussfassung, ein höherer finanzieller Betrag zur Verfügung gestellt wurde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7.2 Anfragen

Der Vorsitzende Herr Paetzold übernimmt wieder den Vorsitz.

Frau Stahlhofen fragt,

- ob Anträge wegen Unvollständigkeit abgewiesen werden, obwohl die Antragsteller keinen Einfluss auf den Erhalt mancher Unterlagen haben,
- ob die Beratung nachgelassen habe,
- ob vermehrter Druck auf die Antragsteller ausgeübt werde,
- wie es sein könne, dass Köln-Pass Inhaber namentlich von der VRS angeschrieben wurden (Thema Datenschutz) und in diesem Anschreiben stehe „in Zusammenarbeit mit den Jobcentern und den Sozialämtern“,

- ob das Jobcenter Termine vor 8:00 Uhr vergebe. Als Köln-Pass-Inhaber müsse man sich ein Vierer-Ticket bei den KVB Geschäftsstellen kaufen. Die KVB Geschäftsstellen haben aber erst um 8:00 Uhr geöffnet.

Herr Kulozik antwortet, dass es sich um Einzelfälle handeln würde. Es gebe keine geschäftspolitischen Anweisungen, zusätzlichen Druck in irgendeiner Form auf die Antragsteller auszuüben. Er bietet ein bilaterales Gespräch mit Frau Stahlhofen an. Das Jobcenter habe mit dem Köln-Pass nichts zu tun. Er könne es sich nicht erklären, wie es zu einer Datenübermittlung kommen könne. Selbstverständlich werde er dieser Sache nachgehen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass Frau Stahlhofen die ihr vorliegenden Dokumente Herrn Kulozik übergebe, damit er weitere Nachforschungen beginnen kann.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Herr Dr. Bell stellt sich dem Ausschuss Soziales und Senioren vor und wird von dem Vorsitzenden Herrn Paetzold im Namen des Ausschusses herzlich begrüßt.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern, Antrag der Fraktion, Die Linke (bereits auf der TO der letzten Sitzung) AN/0856/2013

Beschluss:

Frau Stahlhofen zieht den Antrag zurück.

9.2 Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen, Antrag der SPD Fraktion AN/1155/2013

Herr Ladenberger unterstützt den vorliegenden Antrag. Er sehe gerade im Kantinenbereich Chancen für Integrationsunternehmen tätig zu werden.

Frau Schmerbach erläutert den vorliegenden Antrag. Sie erinnert daran, dass es in Deutz bereits eine gut funktionierende Kantine als Integrationsbetrieb gebe und dass erst kürzlich die Alexianer die Kantine des Bezirksrathauses Kalk als Integrationsbetrieb übernommen hätten.

Frau Reker erinnert daran, dass es Zuschüsse vom Landschaftsverband für Integrationsbetriebe gebe. Sie ergänzt, dass das Bürgerhaus Stollwerk mit einem Integrationsbetrieb besetzt sei. Sie dankt Frau Schmerbach für ihr ausdauerndes Engagement für die Integrationsbetriebe.

Frau Lerchner unterstützt den vorliegenden Antrag ebenfalls.

Frau Reker erinnert daran, dass der zuständige Ausschuss der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Fraktionen, den vorliegenden Antrag auch im Ausschuss der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales zu stellen und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit Kantinen in städtischen Einrichtungen und in stadtnahen Gesellschaften vor allem durch Integrationsunternehmen oder andere geeignete Beschäftigungsunternehmen für Menschen mit Behinderung betrieben werden können.

Bei der Prüfung bitten wir zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderungen dringend ausgebaut werden müssen. Das stellt u.a. auch das verabschiedete Kölner Handlungskonzept Behindertenpolitik fest.

Wir bitten um Vorlage des Prüfergebnisses bis spätestens Frühjahr 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.3 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern, Antrag der Fraktion Die Linke
AN/1233/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt die Verwaltung, ob der Gegenstand des Prüfauftrages mit geltendem Recht vereinbar sei.

Frau Reker sagt eine Prüfung zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren vertagt den Antrag in die nächste Sitzung.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**10.1.1 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel, Anfrage der CDU Fraktion
AN/1048/2013**

Frau Gärtner bittet, zur nächsten Sitzung um eine Antwort.

10.2 Aktuelle Anfragen

**10.2.1 Datenschutz bei Bewerbungen von Transferleistungsempfängern
AN/1323/2013**

Herr Kulozik sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**10.2.2 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge
AN/1325/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Antwort schriftlich gegeben werde.

10.2.3 Winterhilfe für Obdachlose am Eifelwall AN/1331/2013

Die Anfrage wurde unter TOP 4.9 beantwortet.

10.2.4 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket AN/1333/2013

Der Tagesordnungspunkt soll in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Verteilung der Globalmittel 2013 an die Wohlfahrtsverbände 2139/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold übergibt den Vorsitz an Herrn Helling und nimmt an den Tagesordnungspunkten 11.1 und 11.2 nicht an der Sitzung teil. Er wird von Frau Paffen vertreten.

Frau Gärtner nimmt ebenfalls an den nächsten beiden Tagesordnungspunkten nicht teil. Sie wird durch Herrn Stefan Götz vertreten.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt die Begründung der Verwaltung vor, warum er nicht befangen sei und eine frühere Prüfung zu seiner Befangenheit revidiert wurde. Er stellt fest, dass er nicht befangen sei und daher die Sitzung leiten könne. Herr Ladenberger sei daher ebenfalls nicht befangen. Er fragt, ob jemand Einwände dagegen habe, dass er die Sitzung zu diesem und dem nächsten TOP leite.

Frau Hoyer akzeptiert die Nichtbefangenheit von Herrn Helling. Sie kritisiert allerdings, dass die Verwaltung zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen komme.

Frau Reker sagt, dass wenn die Verwaltung zu einer anderen Rechtsauffassung komme, diese auch vertreten würde.

Der Vorsitzende Herr Helling ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, im Haushaltsjahr 2013 die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013 - gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern (Globalmittel einschließlich Zweckzuschüsse für besondere Aufgaben).

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderbeträge, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltswirtschaftlichen Bestimmungen unverzüglich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2013 auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**, bei Enthaltung von pro Köln

11.2 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse

**(Der in der Sitzung am 18.07.2013 gefasste Beschluss wurde formell beanstandet)
2117/2013**

Frau Hoyer begründet den Änderungsantrag. Sie empfindet die Verteilung für ungerecht. Sie sei der Meinung, dass die Wohlfahrtsverbände gemäß ihrer Aufgaben auch unterschiedlich gefördert werden sollen. Es sei für sie nicht nachvollziehbar, dass keine Unterschiede mehr zwischen den Spitzenverbänden gemacht würden. Sie stellt die provokante These auf, dass je näher ein Verband der SPD oder Bündnis 90/Die Grünen stehe, umso mehr werde dieser Verband finanziell gefördert.

Herr Götz sagt für die CDU Fraktion die Unterstützung zu dem FDP Änderungsantrag zu. Er kritisiert, dass 2013 eine andere Globalmittelverteilung als 2014 vorgenommen werde.

Der Vorsitzende Herr Helling spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er stellt fest, dass für ihn die Verteilung der Globalmittel 2013, die auch schon lange vorher Bestand hatte, nicht nachvollziehbar war. Der Grund hierfür sei, dass sich die Verteilung nicht an das Kriterium der Leistung, welche die Stadt Köln von einem Dritten verlange, orientiere. Es sei zwar schwierig, die genaue Leistung der Träger in Geld festzustellen, aber aufgrund der politisch verordneten Kürzung halte er die Pauschalförderung für 2014 gerecht. Diese Pauschalförderung für 2014 solle nur vorübergehend sein. Ob man 2015 zu einer anderen Globalmittelförderung komme, könne er jetzt aber noch nicht sagen. Dass eine Verteilung der Globalmittel wegen der politischen Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen oder der SPD vorgenommen werde, sei abwegig und keinesfalls zutreffend.

Herr Dr. Schulz unterstützt die Aussagen von Herrn Helling. Er erinnert daran, dass die CDU Fraktion der Sondersitzung über die Verteilung der Globalmittel 2014 ferngeblieben sei.

Der Vorsitzende Herr Helling ruft den Änderungsantrag von der FDP zur Abstimmung auf.

Änderungsantrag der FDP Fraktion: Verteilung der Globalmittel und Zweckzuschüsse für Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen im Jahr 2014

AN/1378/2013

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren möge beschließen:

Der Beschlusstext der Verwaltungsvorlage 2117/2013 wird unter Punkt 1 wie folgt ersetzt:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 467.800,00 € wie folgt zu gewähren:

Spitzenverband/Globalmittel:	Zuschussbetrag:
Arbeiterwohlfahrt	64.928,66 €
Caritasverband	151.500,20 €
Diakonisches Werk	86.571,55 €
DPWV	99.557,28 €
Deutsches Rotes Kreuz	30.300,04 €
Synagogengemeinde (Sockelbetrag)	25.648,14 €

Die Zweckzuschüsse für die Heilsarmee, den DRK Suchdienst, die Synagogengemeinde, die Mitternachtsmission und den DRK Personalzuschuss zur Betreuung von Selbsthilfegruppen sollen in der Höhe, wie in der Vorlage ausgeführt, gewährt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**. Die Fraktionen der CDU, FDP und Pro Köln stimmen für den Änderungsantrag.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt fest, dass der Änderungsantrag abgelehnt sei.

Der Vorsitzende Herr Helling ruft die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 467.800,00 € wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband/Globalmittel	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	100.454,91
Caritasverband	100.454,91
Diakonisches Werk	100.454,91
Der Paritätische	100.454,91
Deutsches Rotes Kreuz	31.038,09
Synagogengemeinde (Sockelbetrag)	25.648,14
Spitzenverband/Mitglied/Zweckzuschüsse	
Heilsarmee	1.176,64
DRK Suchdienst	1.817,89
Synagogengemeinde	2.910,60
Mitternachtsmission	1.975,18

DRK Personalzuschuss z. Betreuung v. Selbsthilfegruppen	1.413,80
Summe	467.800,00

2. Der Jugendhilfeausschuss –Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie- beschließt, die in 2014 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 370.000,00 € wie folgt zu gewähren.

Spitzenverband/Globalmittel	Zuschussbetrag
Arbeiterwohlfahrt	90.042,44
Caritasverband	90.042,44
Diakonisches Werk	90.042,44
Der Paritätische	90.042,44
Deutsches Rotes Kreuz	9.830,24
Summe	370.000,00

Im Haushaltsjahr 2014 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 370.000,00 € und im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) Mittel in Höhe von 467.800,00 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zugestimmt**. Die Fraktionen CDU, FDP und pro Köln stimmen gegen den Beschlussvorschlag.

11.3 Haushaltskonsolidierung 2014 im Bereich Bürgerhäuser/-zentren 2663/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren und der Finanzausschuss beschließen, die im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, vorgesehene Verbesserung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 260.000 € durch folgende Maßnahmen zu realisieren und beauftragen die Verwaltung mit der Umsetzung:

Maßnahme	Verbesserung Haushaltsansatz 2014 Teilergebnisplan 0507
M 1: Reduzierung der Stelle P 30023459, S 11, Sozialarbeiter/in, Pädagogische Betreuung im Erwachsenen- und Seniorenbereich, auf 19,25 Stunden ab 01.01.2014 (berechnet auf der Basis durchschnittlicher Personalkosten 2013)	29.000 €

Maßnahme	Verbesserung Haushaltsansatz 2014 Teilergebnisplan 0507
<p>M 2:</p> <p>Streichung der Stelle P30023468, S 11, ab 01.01.2014 (berechnet auf der Basis durchschnittlicher Personalkosten 2013, Stelleninhaberin – ½ Stelle – ist seit 31.07.2013 in Altersteilzeit, Stelleninhaberin der anderen ½ Stelle wurde ab 01.10.13 in eine freiwerdende Stelle innerhalb des BZ's umgesetzt) durch Aufgabe der sozialkulturellen Steuerung der Einrichtungen Handwerkerhof und Kulturbrücke; Geschäftsprozessoptimierung der Mieterverwaltung für die Einrichtungen Handwerkerhof und Kulturbrücke; Deckung der anfallenden Kosten der Objektverwaltung über die Instandhaltungsrücklage der Objekte Handwerkerhof und Kulturbrücke.</p>	58.000 €
<p>M 3:</p> <p>Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der städtisch betriebenen Bürgerhäuser und -zentren ab 2014</p> <p><u>Aufteilung:</u></p> <p>Bürgerzentrum Deutz: 2.500 € Bürgerhaus Stollwerck: 7.500 € Bürgerzentrum Chorweiler: 10.000 € Bürgerhaus Kalk: 10.000 €</p>	30.000 €
<p>M 4:</p> <p>Erhöhung der Erträge für Mieten, Pachten, Verkauf, Nutzungsentgelten und Eintrittsgeldern der städtisch betriebenen Bürgerhäuser und -zentren ab 2014</p> <p><u>Aufteilung:</u></p> <p>Bürgerzentrum Deutz: 5.000 € Bürgerhaus Stollwerck: 33.800 € Bürgerzentrum Chorweiler: 16.500 € Bürgerhaus Kalk: 20.000 €</p>	75.300 €
<p>M 5:</p> <p>Reduzierung der Aufwendungen für Bauunterhaltung</p>	67.700 €
<p>Summe</p>	260.000 €

Abstimmungsergebnis:Einstimmig **zugestimmt**, bei Enthaltung der FDP Fraktion

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der städt. Bürgerhäuser und -zentren ab 01.01.2014, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.4 2679/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung verschoben werden solle.

Frau Gärtner erläutert, dass die Zeit von zwei Wochen sehr knapp bemessen sei, um zu einer abschließenden Willensbildung zu kommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die in den Anlagen 1 bis 5 vorgelegte Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Vergabe von multifunktionalen Räumen in Bürgerhäusern und Bürgerzentren der Stadt Köln. Die Benutzungs- und Entgeltordnung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.

Anlagen

:

13.2 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.6 2829/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Um die Investitionen in den geförderten Wohnungsbau kurzfristig zu erhöhen, beschließt der Rat in Ergänzung des am 15.05.2012 beschlossenen kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms folgendes Sonderprogramm:

1. Investoren, die mit Fördermitteln des Landes oder der Stadt Wohnungen in Stadtteilen mit einem geringen, deutlich unterdurchschnittlichen Angebot und damit mit einem besonders großen Bedarf an preiswertem Wohnungsbau neu bauen, erhalten zusätzlich einen einmaligen städtischen Investitionskostenzuschuss von 10.000 € je Wohnung der Einkommensgruppe A. Einen derartigen Bedarf sieht der Rat in den Stadtteilen Altstadt/Süd, Neustadt/Süd, Altstadt/Nord, Neustadt/Nord, Deutz, Marienburg, Hahnwald, Rodenkirchen, Klettenberg, Sülz, Lindenthal, Braunsfeld und Junkersdorf. Das Sonderprogramm ist auf diese Stadtteile begrenzt. Bei Bauvorhaben, die räumlich über eine Stadtteilgrenze hinausgehen, reicht es aus, wenn mindestens 50 Prozent der geförderten Wohnungen in einem der genannten Stadtteile realisiert werden.
Der Investitionskostenzuschuss kann im Fall eines Kaufs eines nicht-städtischen Grundstücks mit dem Zuschuss gem. Ziff. 2 des Ratsbeschlusses vom 15.05.2012 („Förderatlas“) kombiniert werden.
2. Das Sonderprogramm hat ein Fördervolumen von einmalig 2 Mio. €. Der Zuschuss wird nach der Reihenfolge der bewilligungsreifen Anträge bewilligt. Das Sonderprogramm gilt für die Förderjahre 2013 bzw. 2014. Der Zuschuss wird nur geleistet, wenn aus der Beschlussfassung zum Kooperativen Baulandmodell bzw. aus bestehenden Ratsbeschlüssen keine Verpflichtung besteht, einen Mindestanteil an Sozialwohnungen zu errichten. Insofern haben Investoren, die ein städtisches Grundstück mit einem 20-prozentigen Kaufpreinsnachlass erworben haben, auch keinen Anspruch auf städtische Förderung in Form des Investitionskostenzuschusses.
3. Auf die Erhebung einer Verwaltungsgebühr wird verzichtet.
4. Im Falle der Fortführung des Programms nach 2014 wird im Vorfeld geprüft, ob und inwieweit das Programm die Ziele des Kooperativen Baulandmodells hinreichend flankiert. Gegebenenfalls wird es entsprechend modifiziert.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt**, gegen die Fraktionen von FDP und Pro Köln

13.3 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés, bereits auf der TO der letzten Sitzung TOP 13.5 2843/2013

Frau Hoyer sagt, dass sich die FDP Fraktion enthalten werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Fortführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, im Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Arbeitsmarktförderung. Im Rahmen der Fortführung des Projektes beschließt der Rat der Stadt Köln, vorbehaltlich des positiven Ausgangs eines Interessenbekundungsverfahrens zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Nutzung, die Baumaßnahme „Sanierung des Parkcafés im Rheinpark“ mit Gesamtkosten in Höhe von 2.720.000 € und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Baumaßnahme gemäß der erfolgten Planung des Architekturbüros und der Fachingenieure. Damit wird dem Vorschlag Nr. 3743 des Bürgerhaushaltes 2008, Themenbereich Grünflächen, Rang 11, entsprochen.

Außerdem beschließt der Rat für den Baubeginn die erste Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Teilfinanzplanes 1501 –Wirtschaft und Tourismus- in Höhe von 150.000,00 € bei der Finanzstelle 8040-1501-1-5001, Sanierung Parkcafé, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2013.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2013 befristet eingerichteten Stellen

1 Stelle StOI BGr. A10 BBO bzw. VA VGr. IVb, Fg. 1aBAT (EG 9 TVöD)

1 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)

bis zum 31.12.2015 zu verlängern.

Die Deckung der zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 103.300 € und der zusätzlichen Sachaufwendungen in Höhe von 25.600 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – veranschlagten Transferaufwendungen des Stadtverschönerungsprogramms.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**, bei Enthaltung der FDP Fraktion

13.4 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise; hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln" NEUFASSUNG VOM 18.09.2013 4325/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung verschoben werden solle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

13.5 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung verschoben werden solle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

**13.6 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland"
3333/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Köln unterstützt die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“, initiiert von der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, dem Deutschen Hospiz- und Palliativverband und der Bundesärztekammer. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der in der Charta geforderten Grundsätze zu verfolgen. Der Rat wird sich im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten für die Umsetzung der Charta einsetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.7 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen und dann um zwei Jahre bis zum 01.05.2014 verlängerten temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für drei Jahre in Kraft getretenen 24-Stunden Sperrbezirk (Köln Meschenich) für Straßenprostitution im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**, bei Enthaltung von pro Köln

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Frau Hoyer fragt, ob die Bewohner in der Egonstr. in Stammheim weiter in ihren Häusern bleiben können.

Herr Helling fragt, ob die Mitteilung unter TOP 4.6 auch dem Integrationsrat vorgelegt werden könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nichtöffentlichkeit her.